

# SAP-Kongress Transparenz versus Aktengeheimnis

**[8.10.2009] Beim diesjährigen SAP-Kongress für öffentliche Verwaltungen stand das Thema Transparenz im Mittelpunkt. Diskutiert wurde die Frage, wie Business-Intelligence-Lösungen dazu beitragen, Informationen aufzubereiten, zu analysieren und so die Basis schaffen für Verwaltungssteuerung und Rechenschaftsablegung.**

Wer steuern will braucht Transparenz – Unter diesem Motto stand der diesjährige SAP-Kongress für öffentliche Verwaltungen. Am 7. Oktober bot der größte deutsche Software-Konzern in St. Leon-Rot bei Walldorf ein umfangreiches Vortragsprogramm. Behandelt wurden Themen wie Haushaltstransparenz mit Business-Intelligence-Lösungen, modernes Berichtswesen oder Gewinnung werthaltiger Informationen durch die Analyse unstrukturierter Daten. Natürlich spielte auch die Reform des öffentlichen Rechnungswesens eine Rolle. Über die Einführung der Doppik im Landkreis Hameln-Pyrmont berichtete Rainer Thielke, Referatsleiter in der Kreisverwaltung. Auch über den Stand des Projekt EPOS.NRW (Einführung von Produkthaushalten zur outputorientierten Steuerung – Neues Rechnungswesen) wurde referiert.

Für den Impulsvortrag hatte SAP Professor Hermann Hill engagiert. Der Inhaber des Lehrstuhls für Verwaltungswissenschaft und öffentliches Recht an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer sprach über Transparenz als Voraussetzung für Verwaltungssteuerung und Rechenschaft. Er bezeichnete Transparenz als internationales Trendthema und nannte die neue US-Regierung unter Präsident Barack Obama als Beispiel. Deren Konzept des Open Government sei als eine neue Form der Demokratie zu sehen, bei der die Bürger stärker in Entscheidungsprozesse einbezogen würden. Voraussetzung dafür sei die verständliche Aufbereitung von Informationen aus den öffentlichen Verwaltungen auch für die externe Nutzung. Dabei spielten IT-Lösungen zur Datenanalyse eine entscheidende Rolle, mittels Web-2.0-Technologien könnte dann auch das Wissen der Bürger in Entscheidungen einfließen. Beispiele dafür gebe es nicht nur in den USA, auch Großbritannien oder Australien verfolgten ähnliche Ansätze, Bürger einzubeziehen und ihnen beispielsweise über Web-Portale auch Rechenschaft abzulegen, etwa über die Situation der öffentlichen Haushalte oder wie Fördermittel verwendet werden. Nur in Deutschland herrsche eine andere Verwaltungskultur, sagte Hill. Hierzulande gelte noch

das Aktengeheimnis und selbst das Informationsfreiheits- oder das Informationsweiterverwendungsgesetz seien lediglich als Ausnahmeregelungen zum Aktengeheimnis zu werten. Dennoch glaubt der Verwaltungswissenschaftler, dass es auch in der Bundesrepublik eine vorsichtige Öffnung gebe und malte die Vision einer Digital Governance aus. Neue Technologien ermöglichten nicht nur eine bessere Aufbereitung und Analyse von Daten, sondern auch die Einbeziehung des Bürgerwissens. Der klassische Demokratiebegriff könne so erweitert werden. Wie die IT-Lösungen zur Datenanalyse aussehen, beschrieb Ralph-Peter Rembor, Leiter des Geschäftsbereichs Public Services bei SAP. Mit Business-Intelligence-Systemen, wie SAP sie anbiete, könnten Daten aus unterschiedlichen Quellen zusammengeführt und die Informationsbedürfnisse aller Akteure der öffentlichen Verwaltung erfüllt werden. Rembor sagte, die Forderung nach mehr Transparenz und die Rechenschaftspflicht der Ämter und Behörden mache Business Intelligence (BI) zum strategischen Thema für die öffentliche Verwaltung. Neue Software-Architekturen ermöglichten es, BI als einheitliches Werkzeug für alle Bereiche zu verwenden, unabhängig von den jeweils eingesetzten Fachverfahren. Business Intelligence werde so zum Bestandteil der Gesamtsteuerung einer Behörde oder Kommune, so Rembor. (a)

<http://www.sap.de>

Stichwörter: SAP, Business Intelligence, Ralph-Peter Rembor

---

**Quelle:** [www.kommune21.de](http://www.kommune21.de)